



Wirtschaftsdemokratie – Forschungsergebnisse und Beispiele zur sozialökologischen Transformation der „Monsterwirtschaft“ von unten

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang G. Weber

(I-CROP – Innsbruck Group on Critical Research in Work and Organizational Psychology an der Universität Innsbruck)

- Ein Beitrag mit Diskussion (Moderation Johanna Schöner, „Erde brennt“ Innsbruck)
Im Rahmen der **Ringvorlesung „Klimagerechtigkeit und multiple Krisen“**

Do., 23. Mai 2024 um 17:00 – 18.30 Uhr

Im **Audimax des Agnes-Heller Haus**, Innrain 52a (Universität Innsbruck)

Im Beitrag werden die folgenden Themen behandelt:

1. „Weshalb denn Wirtschaftsdemokratie?“

Demokratische Länder in Europa, so auch Österreich, werden durch eine politische Entwicklung in Richtung von „**Postdemokratie**“ bedroht: Die parlamentarischen Institutionen werden zwar formell aufrecht erhalten, Planungen und Entscheidungen, die hochrelevant für den Erhalt der demokratischen Gesellschaft, die soziale Versorgung, die Umwelt und das Klima sind, gehen dabei immer stärker vom Parlament in die Verfügungsgewalt von mächtigen Wirtschaftsinstitutionen, Konzernen und spekulativen Investoren über. „Neoliberale“ Wirtschaftspolitik und rechtsextreme Hetzpropaganda verstärken dies und versuchen Entwicklungen einer lebensdienlicheren und demokratischen Wirtschaft zu bekämpfen.

2. „System change - not climate change? Was ist Wirtschaftsdemokratie und Solidarische Ökonomie? Welche Beispiele wurden bereits verwirklicht?“

Wirtschaftsdemokratie umfasst Modelle, Werkzeuge und Praxisbeispiele zur sozialen und demokratischen Regulierung und Kontrolle der kapitalistischen Marktwirtschaft. Wirtschaftsdemokratische Maßnahmen dienen dem Ausgleich zwischen Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik. Dabei sollen die Erwerbsarbeitenden, ihre Gewerkschaften und weitere vom Wirtschaften betroffenen Interessensgruppen z.B. in Form von demokratisch gewählten **Wirtschaftsräten** sowie **Transformations-**

fonds an der Regulierung wirtschaftlicher Prozesse (z.B. Struktur-, Investitions-, Beschäftigungs-, Arbeitspolitik) auf *Bundes-, Landes- und regionaler Ebene* verbindlich beraten und mitentscheiden. Beteiligt werden dabei etwa Repräsentant*innen von Umwelt-/Klimaschutz, gerechtem Welthandel, prekär Arbeitenden, Erwerbslosen. Das politische Engagement für den regionalen, nationalen und internationalen Aufbau von Wirtschaftsdemokratie beabsichtigt die gesellschafts- und umweltgefährdende Macht der Konzerne etc. langfristig zurückzudrängen und die postdemokratische Entwicklung umzukehren.

Die Ausweitung und Vernetzung **regionaler Wirtschaftskreisläufe ist** für die Stabilisierung von Wirtschaftsdemokratie sehr wichtig, um ein demokratisches und lebensdienliches Wirtschaftssystem auch „von unten“ mit aufzubauen. In solchen **solidarisch-ökonomischen Wirtschaftsregionen** wirken sozial bzw. ökologisch ausgerichtete Kernunternehmen, Zulieferbetriebe, gemeinwohlorientierte Banken, Unternehmensverbände, politische Organisationen, Bildungsinstitutionen, Medien, Kulturschaffende und verantwortungsbewusste Konsument*innen zusammen: Dies dient, um eine Infrastruktur für die Versorgung von Regionen mit gesunden, umweltverträglichen und sozial nachhaltigen Produkten zu schaffen (siehe z. B. Lega Coop Emilia Romagna, L'économie sociale Quebec, Quebec Fed. of Labour, Mondragon). Gleichzeitig streben sie eine nachhaltige Wirtschaftsfähigkeit der eingeschlossenen Unternehmen und menschengerechte Arbeit der Beschäftigten an. Nicht selten werden über gerecht ausgestaltete Lieferketten auch Menschen in weit entfernten, wirtschaftlich schwachen Ländern solidarisch eingeschlossen. Die Unterstützung von **demokratischen Unternehmen** bildet einen Kern der Wirtschaftsdemokratie. Sie existieren in unterschiedlichen Formen wie z.B. basisdemokratische Kollektive oder Produktiv- und Sozialgenossenschaften im Besitz der Belegschaften, Multistakeholder-Genossenschaften, demokratische Partnerschaftsunternehmen. Dabei entscheiden die Beschäftigten oder ihre gewählten Vertreter*innen über strategische (z.B. Produkte, Ertragsverteilung, Kapitalinvestitionen, Lieferkettenkooperation) und taktische (z.B. Personalwesen, Vorgesetztenwahl) Angelegenheiten mit oder gemeinsam selbst. Dabei werden teilweise Vertreter*innen der o. g. Interessensgruppen einbezogen.

3. „Welche Forschungsergebnisse liegen aus 50 Jahren international über demokratische Unternehmen vor?“

Vorgestellt werden Erkenntnisse über

- psychologische Wirkungen von Wirtschaftsdemokratie auf die Arbeitenden
- Wirkungen zur Stabilisierung der demokratischen Praktiken in der Gesellschaft, des Gemeinwesens, der natürlichen Lebensgrundlagen
- Erfolg oder Degeneration von demokratische Unternehmen und solidarischer Ökonomie in einem gegenwärtig kapitalistischen Wirtschaftssystem in Österreich und anderswo? (inkl. Probleme und Lösungspraktiken)